

**Dirk E. O. Westerheide**

Präsident Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Rede zur Jahrespressekonferenz am 14. Februar 2018 in Frankfurt am Main

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Redetext im Web verfügbar unter  
[www.gkv.de](http://www.gkv.de)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie zur jährlichen Wirtschaftspressekonferenz des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie am Aschermittwoch in Frankfurt am Main begrüßen zu dürfen. Wir wollen auch in diesem Jahr Gelegenheit nehmen, das vergangene Jahr 2017 Revue passieren zu lassen und einen Ausblick auf das noch junge Jahr 2018 zu wagen.

Das Jahr 2017 hat in ökonomischer Hinsicht unsere Erwartungen deutlich übertroffen. So hatten wir am Aschermittwoch 2017 noch mit einem Umsatzwachstum für die Kunststoff verarbeitende Industrie in Deutschland von ca. 2,5 Prozent gerechnet. Diese Schätzung gab die damalige Erwartungslage der Wirtschaftsforschungsinstitute und die Lage unserer Branche zum Beginn des Jahres 2017 wieder. Unsere Prognose hat sich gleichwohl im Jahresverlauf als zu konservativ herausgestellt. Ab dem zweiten Quartal 2017 verzeichnete die Kunststoffverarbeitung in Deutschland ein dynamischeres Wachstum. Das hat dazu geführt, dass unsere Branche am Jahresende 2017 mit einem Branchenumsatz von 63,7 Milliarden Euro und 4,8 Prozent Umsatzwachstum gegenüber dem Vorjahr erneut ein Rekordjahr verzeichnen kann.

Insgesamt wurden 14,7 Millionen Tonnen Kunststoffe in Deutschland verarbeitet. Das bedeutet eine Steigerung der Verarbeitungsmenge um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der in unserer Branche Beschäftigten, in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten, nahm von einem bereits sehr hohen Wert nochmals zu und lag zum Jahresende 2017 bei mehr als 320.000 und damit um etwa zwei Prozent höher als zum Jahresende 2016.

Auf die Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Branchensegmente der Kunststoff verarbeitenden Industrie und das Stimmungsbild, das der GKV zu Beginn des Jahres durch eine Umfrage unter den Branchenunternehmen ermittelt hat, wird der Hauptgeschäftsführer des GKV, Herr Dr. Möllenstädt, später im Verlauf dieser Pressekonferenz eingehen.

Ich möchte zunächst jedoch die Lage unseres Wirtschaftszweigs zu Beginn des Jahres 2018 einordnen: Der erfolgreiche Geschäftsverlauf der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Deutschland im vergangenen Jahr ist getragen von einem soliden Wachstum wichtiger exportstarker Kundenindustrien, u.a. dem Maschinenbau und der Automobilindustrie. Gleichzeitig profitiert unsere Branche von der guten Inlandsnachfrage und der hohen Konsumneigung der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese beiden Trends setzen sich auch über die Jahreswende hinaus fort und sorgen für Zuversicht in unserer Branche. Geschmälert wird die Bilanz durch Preissteigerungen auf der Rohstoffseite, die seit dem vergangenen Jahr insbesondere die Hersteller technischer Kunststoff-Produkte betreffen und die bisher allenfalls in Teilen an die Kunden weitergegeben werden konnten.

In strategischer Hinsicht ist für die Kunststoff verarbeitende Industrie in Deutschland insbesondere die Entwicklung zweier Wirtschaftszweige in dieser Zeit sehr bedeutsam. Der erste ist die Automobilindustrie, die den schrittweisen Ausbau der Elektromobilität vollzieht. Der Automobilindustrie stehen erhebliche Umwälzungen bevor, die insbesondere eine Folge der Megatrends Urbanisierung, Umweltschutz und dem Wandel der Mobilitätsgewohnheiten der Menschen, insbesondere in den Städten, sind. Für Pkw galt gemäß der EU-Verordnung zur Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Kraftfahrzeugen zunächst ein Grenzwert für neu zugelassene Pkw von 130 g/km ab dem Jahr 2015. Dieser Wert wird bis 2021 auf 95 g/km abgesenkt.

Im Jahr 2030 sollen die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen nach Vorstellungen der Europäischen Kommission bei neuen Pkw 30 Prozent niedriger sein als 2021. Diese Herausforderung wird in dem gesetzten Zeitfenster nur durch einen Mix unterschiedlicher Antriebskonzepte, d.h. klassischem Verbrennungsmotor (ICEV), vollständig batterieelektrisch angetriebenen Fahrzeugen (BEV) und Kombinationen aus Verbrennungs- und Elektroantrieb, Full-Hybrid-Fahrzeugen (FHEV) bzw. Plug-In-Hybrid-Fahrzeugen (PHEV), zu erreichen sein. Dieser Umstellungsprozess macht eine Vielzahl von Änderungen der Antriebs- und Fahrzeugkonzepte erforderlich, denen sich auch die Automobilzulieferindustrie aktuell stellt.

In diesem Kontext wird oft die Frage an uns herangetragen, ob neue Antriebskonzepte, die mit einem Wegfall vieler Komponenten, insbesondere entlang des Antriebsstranges, einhergehen, zwingend zugleich einen Rückgang der Nachfrage nach Technischen Teilen aus Kunststoff zur Folge haben. Ein Pkw mit einem klassischen Verbrennungsmotor besteht aus ca. 1.400 Kom-

ponenten und Einzelteilen während ein vollständig batteriegetriebenes Fahrzeug mit einem Zehntel dieser Zahl an Komponenten und Einzelteilen auskommt. Das gilt jedoch nur für vollelektrisch getriebene Fahrzeuge.

Die Sorge um die Zukunft der Kunststoffanwendungen im Automobil relativiert sich schnell, wenn man die mittelfristigen Planungen der großen OEMs für den Absatz von Fahrzeugeinheiten nach den unterschiedlichen Antriebskonzepten zur Kenntnis nimmt. Man wird hier schnell zu dem Ergebnis kommen, dass es sich bei den bevorstehenden Veränderungen keineswegs um eine radikale strukturelle Veränderung handelt. Vielmehr werden in den kommenden Jahren weiterhin viele Fahrzeuge mit klassischem Verbrennungsmotor sowie mit hybriden Antrieben ausgestattet sein und zusätzlich ein kleinerer Teil der Fahrzeugflotte mit vollelektrischem Antrieb. In diesem Zusammenhang beobachten wir allerdings mit Sorge, dass ein belastbares Szenario der Versorgung mit entsprechenden Batteriespeichern bisher nicht dargestellt werden kann und aus unserer Sicht zur Achillesferse der Elektromobilität zu werden droht.

Der zweite für die Zukunft unserer Branche wichtige Wirtschaftszweig ist die Bauwirtschaft. Treiber der Baukonjunktur war auch 2017 der wachsende Wohnungsneubau, von dem auch die Kunststoffverarbeitung profitiert hat. Nach Jahren der Krise dieses Wirtschaftszweigs hat die Bauwirtschaft damit begonnen, ihre Kapazitäten dem gestiegenen Bedarf anzupassen. Von einer tatsächlichen Deckung des Bedarfs von ca. 400.000 Fertigstellungen pro Jahr im Wohnungsneubau ist die Bauwirtschaft aber noch etwas entfernt. Aus Sicht der Kunststoff verarbeitenden Industrie ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass die Investitionen in die Sanierung des Wohnungsbestandes den Möglichkeiten weiter deutlich hinterherhinken. Das betrifft insbesondere die energetische Sanierung von Bestandswohnungen, die für die Kunststoffverarbeitung insbesondere in den Feldern Fenster, Türen und Isolierung erhebliches Potential bieten.

Damit Deutschland seine ambitionierten Klimaziele erreichen kann, müssen endlich die großen CO<sub>2</sub>- und Energieeinsparpotenziale im Gebäudebestand mobilisiert werden. Auf den Gebäudesektor in Deutschland entfallen immer noch über 40 Prozent des Primärenergieverbrauchs und über 30 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Bei einem Großteil der rund 16 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser besteht erheblicher Sanierungsbedarf. Die Sanierungsquote stagniert seit Jahren bei unter einem Prozent.

Da sich die Investitionen in die energetische Sanierung oftmals für den Hauseigentümer nicht allein aus der eingesparten Energie refinanzieren lassen, sind zusätzliche Anreize für solche Investitionen erforderlich. Es ist beklagenswert, dass Bund und Länder es nicht vermocht haben, sich auf eine verlässliche langfristige steuerliche Förderung der energetischen Sanierung zu verständigen. Zwar enthält der Entwurf des Koalitionsvertrags zwischen Uni-

on und SPD für die laufende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Absichtserklärung zur Einführung der steuerlichen Förderung der energetischen Sanierung. Ob letztlich, in der Konkurrenz mit anderen angedachten Vorhaben der Koalition, jedoch ausreichend Mittel hierfür aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden, bleibt weiter offen. Da der künftige Bauminister Seehofer, bisher entschiedener Gegner der Förderung, bei diesem Thema mitreden dürfte, steht das Vorhaben weiter auf der Kippe. So drohen die Investitionen in eines der potentialträchtigsten Handlungsfelder für den Klimaschutz absehbar auch weiter hinter den Möglichkeiten zurückzubleiben.

Bleiben wir beim Blick auf Deutschland: Hierzulande fehlt es infolge der langwierigen und komplizierten Bemühungen der Parteien zur Bildung einer Regierungskoalition nach der Bundestagswahl im September des vergangenen Jahres an richtungsweisenden Impulsen für das Industrieland Deutschland.

Uns fehlt es insbesondere in der Energiepolitik an einem klaren Konzept. Nach unserer Auffassung ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht reformierbar und muss in dieser Legislaturperiode abgeschafft werden. Das würde auch zu einer Entlastung von Unternehmen und Bürgern beitragen. Die Stromexporte Deutschlands haben sich in den vergangenen fünf Jahren nahezu verzehnfacht und belaufen sich auf deutlich mehr als 50 Terrawattstunden pro Jahr. Es fehlt an Speichertechnologien, die eine zeitunabhängige Nutzung der aus Sonne und Wind erzeugten erneuerbaren Energien erst ermöglichen würde. Hierfür bleibt die Politik die dringend notwendigen Antworten bisher schuldig.

Auch in der Steuerpolitik haben die bisherigen und wohl auch künftigen Regierungspartner die Erwartungen der Wirtschaft verfehlt. Union und SPD haben ihren Wahlprogrammen vor der Bundestagswahl im vergangenen Jahr Steuerentlastungen von 15 Milliarden Euro jährlich angekündigt. Von diesen Überlegungen ist im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen fast nichts mehr übrig geblieben außer dem Einstieg in den Abbau des Solidaritätszuschlags. Leistungsträger, mittelständische Wirtschaft und die vielen Personengesellschaften in unserem Land werden steuerlich nicht oder allenfalls minimal entlastet. In Zeiten, in denen die Vereinigten Staaten eine große Steuerreform mit weitreichenden Entlastungen für die Wirtschaft beschlossen haben und Großbritannien nach dem Austritt aus der Europäischen Union absehbar auf eine Senkung der Unternehmenssteuern setzen wird, ist das aus unserer Sicht eine verpasste Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Vieles wurde im Entwurf des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD für die laufende Legislaturperiode zum Thema Digitalisierung aufgeschrieben. Noch vor wenigen Jahren war bei der Digitalisierung in unserer Branche eher Zurückhaltung zu verzeichnen. Im Rahmen unserer GKV-Umfrage zur Konjunktur- und Wirtschaftslage unter Unternehmen unserer Branche zu Beginn dieses Jahres meldeten mehr als fünfzig Prozent, dass sie sich intensiv mit

dem Thema Digitalisierung beschäftigten. Die Unternehmen setzen bisher neben der Produktion insbesondere in den Bereichen Vertrieb und Einkauf auf digitale Technologien. Als wesentliche Hemmnisse der Digitalisierung werden neben fehlendem wirtschaftlichen Potential aber auch unzureichende Investitionsmittel und fehlendes Wissen über die digitalen Technologien angeführt, was Hinweise für den notwendigen Wissenstransfer und die benötigte Innovationsförderung liefert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!